

Hermann Winkler und Dr. Peter Jahr

Ihre sächsischen Europaabgeordneten



## Inhalt

Kampf gegen den  
Terror wird fortge-  
setzt

## Standpunkt

„Schengen“ auf dem  
Prüfstand

Unterwegs in  
Sachsen

Terminvorschau

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen, liebe Leser,**

*"Schon wieder Neujahr. Dabei hätte das alte noch für Monate  
gereicht."*

Michael Augustin

Mit diesem Zitat wollen wir unseren ersten Newsletter für 2016 veröffentlichen, denn es beschreibt genau die Situation, in der sich die Europäische Union gerade befindet. Das vergangene Jahr war vor allem geprägt von Krisen und den Versuchen diese zu bewältigen. Viele halten an und auf viele Herausforderungen sind noch keine Antworten gefunden.

Deshalb benötigen wir für das Jahr 2016 vor allem Kraft, Ausdauer und Zuversicht. Denn noch weiß keiner, was auf uns zukommen wird. In diesen Zeiten ist es nicht leicht Antworten und Lösungen zu finden, doch werden wir mit aller Kraft versuchen mit Vernunft und Verstand dem zu begegnen, was in 2016 auf uns warten mag.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und liebe Leser ein erfolgreiches, glückliches und gesundes Jahr 2016!

Ihr

*Hermann Winkler*

*Peter Jahr*

## Impressum

Hermann Winkler MdEP und Dr. Peter Jahr MdEP

Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Telefon: +32 228 37306 und +32 228 47195

[www.hermann-winkler.eu](http://www.hermann-winkler.eu) und [www.peter-jahr.de](http://www.peter-jahr.de)

E-Mail: [hermann.winkler@europarl.europa.eu](mailto:hermann.winkler@europarl.europa.eu) und [peter.jahr@europarl.europa.eu](mailto:peter.jahr@europarl.europa.eu)

## Aktuelles

### Datenschutz bei Fluggastdatenerfassung weiterhin gewährleistet

Im Zeitalter des Internets und der weit verbreiteten Nutzung von multimediale Angeboten, wie beispielsweise der Onlinebuchung von Flügen, Internetbanking und Onlineshopping, wird immer wieder der Datenschutz in Europa diskutiert. In diesem Zusammenhang wird derzeit nicht nur die Datenschutzgrundverordnung komplett überarbeitet und den Entwicklungen des Internets angepasst, sondern der Datenschutz auch auf sicherheitspolitischer Ebene diskutiert. So hat sich die Europäische Union dazu entschlossen, die Erfassung und Speicherung von Fluggastdatensätzen (PNR) zu vereinheitlichen. Bisher haben Spanien, Großbritannien und Belgien diese Daten erfasst und gespeichert. Unter der neuen EU-Richtlinie sollen diese, die zu Servicezwecken von den Fluggesellschaften gespeichert werden zur Prävention, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schweren Verbrechen von zentralen PNR-Zentralstellen genutzt werden. Dazu gehören unter anderem Informationen wie das Datum der Buchung, die Sitzplatznummer, der Buchungscode oder etwa der Reiseverlauf. Die Richtlinie schreibt einen sehr hohen Datenschutzstandard vor, der die Unkenntlichmachung der Daten nach sechs Monaten garantiert und die Speicherfrist der Daten auf fünf Jahre festlegt. Mit diesem Vorstoß wird sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten nicht 28 verschiedene Erfassungssysteme auf unterschiedlicher, im Zweifel schwächerer Datenschutzbasis entwickeln. Die PNR – Richtlinie ist damit ein Puzzleteil der Strategie, die Einhaltung der hohen europäischen Datenschutzstandards zu garantieren.

Die Fluggastdaten werden zur Prävention, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung terroristischer Straftaten gespeichert.

### Förderhandbuch für die sächsischen Kommunen veröffentlicht

Das Europabüro der Sächsischen Kommunen hat eine Neuauflage seines Förderhandbuchs zu den EU-Fördermöglichkeiten für Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen für die gegenwärtige Förderperiode (2014-2020) erstellt. Das elektronische Handbuch ist auf der Homepage des Sächsischen Städte- und Gemeindetags als PDF-Datei abrufbar: [http://www.ssg-sachsen.de/uploads/media/foerderhandbuch\\_2015\\_01.pdf](http://www.ssg-sachsen.de/uploads/media/foerderhandbuch_2015_01.pdf).

*Das Europabüro der Sächsischen Kommunen vertritt die Interessen der Sächsischen Kommunen in Brüssel und ist die Repräsentanz des Sächsischen Städte- und Gemeindetags sowie des Sächsischen Landkreistags.*

### Runder Tisch zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

Bereits seit Mai 2015 lädt Dr. Peter Jahr Experten und Interessierte zu einem Runden Tisch zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union ein. Dass er mit dieser Initiative am Puls der europäischen Politik liegt, beweist die stetig steigende Teilnehmerzahl der Veranstaltung. Während bei den vorangegangenen Debatten die Säulenstruktur der Gemeinsamen Agrarpolitik im Allgemeinen sowie deren Funktionalität im Fokus standen, beschäftigte sich der nunmehr dritte Runde Tisch mit der Verlagerung von Begrünungsmaßnahmen, auch Greening genannt, von der ersten in die zweite Säule. Das Greening in seiner jetzigen Form sorgt bei vielen Landwirten für Unmut. Die Begrünungsmaßnahmen hielten mit der letzten GAP-Reform der europäischen Agrarpolitik Einzug und meinen Landbewirtschaftungsmethoden, die den Klima- und Umweltschutz fördern. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zeigt sich allerdings immer deutlicher, dass flächendeckende, einheitliche Greeningmaßnahmen nicht zu den gewünschten Ergebnissen, wie der Erhöhung der Artenvielfalt, führen. Experten auf europäischer Ebene sind sich einig, dass regional angepasste Umweltprogramme in der zweiten Säule etabliert werden müssten, auch um die gesellschaftspolitische Akzeptanz zu erhöhen.

## Standpunkt von Dr. Peter Jahr

### „Schengen“ auf dem Prüfstand

Es passiert nicht alle Tage, dass ein 4500-Einwohner-Dorf jedem Europäer ein Begriff ist: „Schengen“ – das ist nicht nur ein Winzerdorf im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg. „Schengen“ ist ein Synonym für das Europa der Freiheit. Das grenzenlose Europa. Jenes Europa, das angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme aber von vielen infrage gestellt wird.

Dabei steht „Schengen“ eigentlich für einen der größten Momente der EU-Geschichte. Denn „Schengen“ bildet eine Brücke zwischen den europäischen Staaten und ermöglicht ein Leben ohne Grenzen. Mit dem Schengener Übereinkommen unterschrieben am 14. Juni 1985 fünf Staaten, dass in ihrem Hoheitsgebiet ein Raum ohne Grenzkontrollen entstehen soll. Damit wurden Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen abgebaut und der freie Personen- und Warenverkehr eingeführt. Durch Schengen ist es nun möglich, sich frei zu bewegen und ohne Passkontrollen mal an der Côte d'Azur, mal an der Ostsee Urlaub zu machen.



Eng mit dem Schengener Übereinkommen verbunden ist ein fünf Jahre jüngeres Abkommen: Das 1990 von zwölf Mitgliedsstaaten unterzeichnete Dubliner Übereinkommen regelt, welcher Staat für die Prüfung eines in einem EU-Mitgliedsstaat gestellten Asylantrages zuständig ist. Es wurde festgelegt, dass das Asylverfahren dort abgewickelt wird, in dem der Asylbewerber erstmals registriert wurde.

Von beiden Übereinkommen gibt es inzwischen Nachfolgeregelungen, auch die Zahl der unterzeichnenden Staaten hat beträchtlich zugenommen. So gehören nicht nur EU-Mitgliedstaaten, sondern auch Länder wie die Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein zu den Unterzeichnern. Die enge Verbindung bringt es mit sich, dass beide Übereinkommen völkerrechtlich als Einheit gesehen werden: Kündigt ein Staat eines der beiden Übereinkommen, gilt das andere automatisch auch als gekündigt.

Die faktische Aussetzung des Dublin-Abkommens im September 2015 stellt auch das Schengener Übereinkommen auf den Prüfstand: Für Flüchtlinge ist es ein Leichtes, vom Staat, in dem sie zuerst ankommen, in einen anderen zu gelangen. Die Grenzstaaten können und wollen die Flüchtlinge nicht in ihrem Land behalten, sondern sehen darüber hinweg, dass sie sich auf den Weg nach Mitteleuropa. Dass solch eine Reise Gefahren birgt, zeigen Tragödien wie die vom Sommer, als 71 Flüchtlinge in einem LKW in Österreich erstickten.

Solche Tragödien seien eine direkte Folge der Schengener Übereinkunft, argumentieren EU-Kritiker gern. In einem Europa, in dem es auch auf lange Sicht unterschiedliche Lebensstandards gebe, werden die meisten Flüchtlinge, wenn sie sich frei bewegen können, in jenem Land bleiben, in dem sie die beste Zukunft für sich sehen. Andere Länder, die wirtschaftlich und sozial weniger attraktiv erscheinen, würden dagegen gemieden.

Genau betrachtet, ist dies jedoch kein Argument für eine Abschaffung von „Schengen“, sondern eines für die dringend notwendige Überarbeitung des Vertragswerks. Denn „Schengen“ ist als Grundpfeiler der EU zu wichtig. Die vielfältigen Freiheiten, die wir im Jahr 2016 genießen, haben Generationen mühevoll erstritten. Das Übereinkommen muss darum angepasst werden, damit Europa auch weiterhin für Flüchtlinge einsteht und ihnen menschenwürdige Bedingungen garantieren kann, damit andererseits aber die Freiheit Europas nicht beschnitten wird. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der einzig wirksame Schritt dazu ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen ist: Nur wenn der funktioniert, kann sich Europa im Inneren jene Freiheit leisten, für die „Schengen“ ein Synonym geworden ist.

## Unterwegs in Sachsen

### Neujahrsempfang der Kreishandwerkerschaft Meißen



Hermann Winkler folgte Anfang Januar der Einladung der Kreishandwerkerschaft Meißen zu ihrem Neujahrsempfang. Die Meißner Handwerker pflegen schon seit mehreren Jahren guten Kontakt zu Hermann Winkler und haben bisher sehr engagiert zusammengearbeitet. Dennoch konnte die Kreishandwerkerschaft den Europaabgeordneten sehr überraschen, als sie ihm die Ehrenmedaille im Rahmen des Neujahrsempfangs überreichten. Hermann Winkler bedankt sich sehr für diese Anerkennung und hofft auch weiterhin, eng mit den

Handwerkern zusammen zu arbeiten.

### Neujahrsempfang bei der Gemeinde Großpostwitz und Obergurig

Auch im neuen Jahr wird das Thema Europa nicht an Brisanz verlieren. Bei dem Neujahrsempfang in der Gemeinde Großpostwitz und Obergurig konnte Hermann Winkler mit Johannes Miunske und Patricia Wissel als Vertreterin des Sächsischen Landtages über aktuelle Themen und Baustellen der Politik diskutieren. Ein reger Austausch von Informationen ist notwendig, damit auch Anregungen sowie ein gegenseitiges Verständnis für die Arbeit aufgenommen werden. Die alljährlichen Neujahrsempfänge bieten dafür eine gute Möglichkeit.



### Terminvorschau für Sachsen

13.02.2016 Teilnahme Hermann Winklers an der Eröffnung der Mitteldeutschen Handwerksmesse in Leipzig

26.02.2016 Vortrag von Hermann Winkler an Leipziger Grundschule

27.02.2016 Vortrag von Dr. Peter Jahr zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen beim Sächsischen Landesbauernverband in Dresden

04.03.2016 Hermann Winkler auf der Jubiläumsfeier 800. Jahre Kreuzchor in Dresden

05.03.2016 Agrarpolitische Diskussion mit Dr. Peter Jahr beim Europäischen Bauernmarkt in Plauen

11.03.2016 Vortrag zur Europäischen Agrarpolitik beim 8. Forum für Landwirte in der Sparkasse Meißen mit Dr. Peter Jahr

## Bauernfrühstück zu aktuellen Problemen der Agrarpolitik

Die Volksbank Riesa e.G. hatte vor dem Hintergrund des Themas „Ländlicher Raum - Aktuelle Probleme der Agrarpolitik“ in das sächsische Cavertitz zum „Bauernfrühstück“ eingeladen.

Im Gasthof „Zur Tenne“ war der Europapolitiker Peter Jahr mit Vertretern des Berufsstandes aus der Region im Gespräch und informierte über Erfahrungen sowie aktuelle Probleme bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union.



Ein zentrales Thema waren dabei die gegenwärtigen europäischen Herausforderungen, die, angeführt von der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik, den Berufsstand mit neuen Erfordernissen z. B. der neuen Tierarzneimittelverordnung, der Revision der Richtlinie über die Luftschadstoffe und Saatgutverordnung konfrontieren

Die von EU-Landwirtschaftskommissar Hogan initiierte Entbürokratisierungsstrategie wird wohlwollend zur Kenntnis genommen, aber spätestens beim Preisverfall von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere bei Milch, Fleisch, Obst und Gemüse, machen sich Unmut und Zweifel breit, für die Milchbauern und Schweineproduzenten sind es mittlerweile existenzielle Probleme.

Mit dem Hinweis auf eine Reihe seiner Ursachen, wie beispielsweise dem Russland-Embargo, verband Jahr zu ihrer wirksamen Bekämpfung die Forderung nach neuen Stabilisierungselementen. Lösungsansätze sieht er u. a. in der Stärkung der unternehmerischen Eigenvorsorge, in Versicherungslösungen und Liquiditätshilfen sowie der raschen Intervention.

## Im Gespräch mit den Saatguterzeugern



Themen der Saatguterzeugung und der damit verbundenen agrarpolitischen wie fachlichen Fragen bestimmten den Inhalt der 2. Saatbaukonferenz Sachsen-Thüringen 2016 im sächsischen Groitzsch, nahe Meißen.

Der Vorsitzende Matthias Finck konnte reichlich 18 Monate nach der Fusion der beiden vorher selbstständigen Verbände eine positive Bilanz ziehen und hob dabei als einen wichtigen Erfolgsfaktor das Zusammenwirken mit den jeweiligen Fachministerien und ihren nachgeordneten Einrichtungen sowie der Politik hervor.

"Politik" - Das war auch das Stichwort für Dr. Peter Jahr, der, von den Vorteilen der bisherigen Zusammenarbeit ausgehend, neueste Informationen aus Brüssel mitbrachte und auf die den Saatbauverband momentan bewegenden Probleme einging. Der Europaabgeordnete sprach sich bereits im letzten Jahr für die Überarbeitung der Verordnung zum Pflanzenschutz aus. In Groitzsch drehte sich die Diskussion darum, wie es nach dem Moratorium für Neonikotinoide weitergeht oder welche Auswirkungen die 2016 zu erwartende neue Düngeverordnung haben wird.